

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

29. Sitzung
10. Juni 2013

Beginn: 10.06 Uhr
Schluss: 12.57 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

1. a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0071](#)
Hinweis auf den NSU an die Berliner Behörden im
Jahr 2002 – was ist passiert und wurden Akten
zurückgehalten?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) InnSichO

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
Unterlagen und Erkenntnisse der Berliner Behörden
im Zusammenhang mit dem NSU – insbesondere
Hinweise aus dem Jahr 2002
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) InnSichO

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0103](#)
NSU-Zwischenbericht
(auf Antrag aller Fraktionen) InnSichO

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

1. Hat das Land Berlin im Zusammenhang mit der „Blockupy“-Demonstration am 1. Juni in Frankfurt am Main Amtshilfe geleistet und wenn ja, in welchem Umfang und mit welchem Auftrag? (Frage der Fraktion Die Linke)

Polizeipräsident Klaus Kandt teilt mit, die diesjährigen Blockupy-Aktionstage seien bundesweit auf linken und linksextremistischen Internetpräsenzen unter dem Motto „Wir wollen Frankfurt wieder dicht machen“ beworben worden. Im Mittelpunkt der Proteste hätten der 31. Mai und der 1. Juni 2013 gestanden. Das Polizeipräsidium Frankfurt am Main habe für diese Einsatzlage szenekundige Beamte des LKA angefordert, die an diesen beiden Tagen zur Aufklärung eingesetzt worden seien.

Am 30. Mai hätten Berliner Kolleginnen und Kollegen insgesamt fünf Berliner Busse in Richtung Hessen begleitet und an der hessischen Landesgrenze an dort eingesetzte Kräfte übergeben. Die Überprüfung der Busse sei im Beisein der Berliner Polizisten durch Kräfte der hessischen Polizei erfolgt. Die Berliner Kräfte hätten hierbei keine Maßnahmen getroffen.

Oliver Höfinghoff (PIRATEN) teilt mit, die Piraten hätten zum Thema „Frankfurt Blockupy“ eine Kleine Anfrage gestellt, auf die sie sich eine detailliertere Antwort erhoffe. – Er erinnere daran, dass SenInnSport zugesagt habe, die Abschiebezahlen regelmäßig zu veröffentlichen.

2. Mehrere Angriffe auf Polizeibeamte und auf Funkwagen

Polizeipräsident Klaus Kandt berichtet, der erste Fall habe sich am Sonnabend, dem 8. Juni 2013, in Tegel ereignet. Gegen 21.40 Uhr habe ein Anwohner eine sechsköpfige Gruppe junger Männer beobachtet, die den Bottroper Weg entlangelaufen sei. Dort sei anlässlich eines Polizeieinsatzes ein Renault Traffic geparkt gewesen. Ein Mann aus der Gruppe habe sich an den Reifen zu schaffen gemacht. Kurz darauf sei er mit den anderen aus der Gruppe in Richtung Bernauer Straße davongerannt. Zivilpolizisten hätten in der Nähe eine sechsköpfige Gruppe entdeckt, in der sich auch der Tatverdächtige befunden habe. Beim Anblick der Beamten hätten sie die Flucht ergriffen.

An dem Einsatzwagen seien drei Reifen zerstoßen worden. Der von dem Zeugen beobachtete junge Mann sei der Polizei bereits bekannt. Der 17-Jährige werde sich wegen Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel verantworten müssen.

Der zweite Fall: Als zwei Beamte des Polizeiabschnitts 53 am Sonntagmorgen, dem 9. Juni, gegen 3 Uhr mit eingeschaltetem Blaulicht und Martinshorn in der Skalitzer Straße in Friedrichshain-Kreuzberg unterwegs gewesen seien, sei am U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof eine Glasflasche gegen die Windschutzscheibe geplatzt. Die Scheibe sei dadurch geplatzt. Der Fahrer habe den Wagen sicher zum Stehen bringen können. Die beiden Beamten seien unverletzt geblieben. Der bzw. die Täter seien unerkannt entkommen. Die Polizei ermittle wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr sowie Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel.

Am 7. Juni um 22.45 Uhr habe sich am Kottbusser Tor ein Fall schweren Landfriedensbruchs und eines versuchten Tötungsdelikts zum Nachteil einer Polizeibeamtin ereignet. Die Kräfte einer Einsatzhundertschaft hätten in diesem Bereich diverse Personenüberprüfungen durchgeführt, als sie plötzlich aus dem Bereich Admiralstraße von einer ca. 40-köpfigen verummte Personengruppe mit Flaschen, Steinen, Farbbeuteln und Pyrotechnik angegriffen worden seien. Dabei seien Parolen skandiert worden. Die Gruppe habe auch Flyer sowie ein Transparent mit Bezug zu den aktuellen Demonstrationen in der Türkei mitgeführt. Eine vermutlich mit Brandbeschleuniger gefüllte Flasche habe nur knapp eine Beamtin verfehlt, sie jedoch stark mit einer nach Benzin riechenden Flüssigkeit benetzt. Zusätzlich habe die Beamtin in unmittelbarer Nähe einen Brandherd auf dem Gehweg wahrnehmen können. Eine Brandflasche sei direkt vor einem anfahrenden Gruppenwagen zerschellt, der kurzfristig von den dadurch entfachten Flammen erfasst worden sei. Zusätzlich hätten diverse Steine und Farbbeutelwürfe den Gruppenwagen beschädigt.

Im Bereich des Kottbusser Tors hätten ebenfalls mehrere Kleinf Feuer und nicht zugelassene Pyrotechnik gebrannt. Ca. 20 verummte Personen seien in die Reichenberger gerannt, die restlichen Personen seien in unterschiedliche Richtungen geflohen. Kräfte der Hundertschaft hätten im Rahmen der sofort eingeleiteten Nahbereichsfahndung eine fünfköpfige Personengruppe feststellen können, die sich rennend vom Tatort entfernt und teilweise ihrer Oberbekleidung und Vermummung entledigt habe. Die Personengruppe sei auf einen Hinterhof in der Reichenberger Straße geflohen. Zwei männliche Personen seien auf dem Hinterhof festgenommen und zur Gefangenessammelstelle verbracht worden. Sie seien dem Polizeilichen Staatsschutz zugeführt worden, da der Verdacht bestanden habe, dass beide an dem schweren Landfriedensbruch sowie dem versuchten Tötungsdelikt beteiligt gewesen seien.

Bei den Festnahmen sei ein Polizeibeamter leicht verletzt worden. – Im Bereich der Reichenberger Straße, vom Kottbusser Tor bis zur Mariannenstraße, hätten diverse Beweismittel wie Vermummungsutensilien, Handschuhe, Masken, Pullover, benutzte und unbenutzte Pyrotechnik und mit kleinen Pflastersteinen gefüllte Jutebeutel sichergestellt werden können. An einem Bauzaun am Kottbusser Tor habe anschließend ein Transparent mit folgender Aufschrift beschlagnahmt werden können: „Berlin grüßt Istanbul – Für die soziale Revolte weltweit“.

Im Anschluss habe es noch drei Durchsuchungsmaßnahmen gegeben. Die beiden Beschuldigten seien mittlerweile wieder aus dem Gewahrsam entlassen worden. Die Ermittlungen dauerten an.

Oliver Höfinghoff (PIRATEN) erklärt, seine Fraktion verurteile die Angriffe vom Wochenende.

Benedikt Lux (GRÜNE) erkundigt sich, ob sich hinsichtlich der beiden Männer, die am Kottbusser Tor festgenommen worden seien, der Tatverdacht erhärtet habe. Befänden sich die beiden Männer in Untersuchungshaft, oder seien sie freigelassen worden?

Polizeipräsident Klaus Kandt antwortet, die beiden Männer seien freigelassen worden, weil der Tatverdacht nicht ausreichend erhärtet worden sei. Die Ermittlungen, zu denen er sich nicht öffentlich äußere, dauerten noch an.

Kurt Wansner (CDU) fragt, welche Möglichkeiten Herr Senator Henkel sehe, um das Personal im Polizeiabschnitt 53 aufzustocken, um der zunehmenden Gefahr durch die Vorfälle im Bereich Kottbusser Tor, Reichenberger Straße und Skalitzer Straße entgegenzuwirken.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) entgegnet, seine Bemühungen, das Personal der Berliner Polizei aufzustocken, seien bekannt. Er würde es begrüßen, wenn er diesbezüglich bei den Haushaltsberatungen Unterstützung durch die Abgeordneten erhalte.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzender Peter Trapp bittet darum, die in den vom Ausschussbüro verteilten Regularien zum Verfahren während der Haushaltsberatungen 2014/2015 vorgegebenen Termine einzuhalten.

Benedikt Lux (GRÜNE) meint, es wäre verfassungsgemäß, den Fraktionen sowohl hinsichtlich der Fragen zur ersten Lesung als auch der Änderungsanträge zur zweiten Lesung keine Fristen vorzugeben. Er schlägt vor, unter Nr. 1 „möglichst“ einzufügen, sodass der Satz hieße:

1. Einreichung der Fragenkataloge für die 1. Lesung durch die Fraktionen im Ausschussbüro möglichst am Mittwoch, den 21. August 2013.

Der erste Satz des zweiten Absatzes von Nr. 7 solle beginnen wie folgt:

Änderungsanträge sollen schriftlich vorgelegt und im Ausschussbüro spätestens drei Arbeitstage vor der Sitzung, d. h. hinsichtlich der 2. Lesung spätestens am Mittwoch, den 18. September 2013 eingereicht werden ...

Vorsitzender Peter Trapp stellt klar, dass der Anregung von Herrn Lux entsprochen werde. Den Mitgliedern des Innenausschusses werde eine E-Mail mit den entsprechend geänderten Regularien zugehen.
